



# PROTOKOLL

Gemeinde  
Ostermundigen

## GROSSER GEMEINDERAT

Sitzungs-Nr. 2014/3

Datum/Zeit	Donnerstag, 3. Juli 2014, 18:00 - 20.45 Uhr
Ort	Tellsaal, Bernstrasse 101, 3072 Ostermundigen
Vorsitz	Bolliger Renate (EVP) _____ 1
Mitglieder	Blaser Peter (SP) Burckhardt Andreas (Grüne) Burkhalter Hans Rudolf (Grüne) Grossniklaus Bruno (SP) Kehrli Rudolf (SP) Mahler Rudolf (SP) Nova Colette (SP) Ögüt Hasan (SP), Thomann Andreas (SP) Thomann Thulani (SP) Zeyer Christian (SP) Zeyer Priska (parteilos) _____ 12 Hausammann Hans Rudolf (SVP) Hess Rudolf (SVP) Hirsiger Ernst (SVP) Müller Lucia (SVP) Schneiter Roger (SVP) Studer Martin (SVP) Weber Marlis (parteilos) ab 18.05 Uhr Zaugg Gerhard (SVP) Zysset Walter (SVP) _____ 9 Fels Silvia (EVP) Schröter Bruno (EVP), Wagner Rahel (EVP) _____ 3 Hubschmid Roger (FDP) Weibel Tobias (FDP) Werner Michael (FDP) _____ 3 Bendoza Thomas (FORUM) Rüfli Roland (FORUM) Schaller Esther (FORUM) _____ 3 Gasser Melanie (GLP) Luyet Cédric (GLP) Toggwiler Annette (GLP) _____ 3 Löhner Sandra (CVP) Rippstein Eduard (CVP) _____ 2 <b>Total anwesend</b> <b><u>36</u></b>

3. Sitzung des Grossen Gemeinderates (GGR) vom 3. Juli 2014

Mitglieder Gemeinderat	Blaser Erich (SVP), Ernst Synes (CVP), Lüthy Ursula (Grüne), Panayides Aliko (SVP), Schoop Henrik (FDP), Unteregger Schütz Regula (SP), Iten Thomas (Gemeindepräsident parteilos) sowie die Gemeindeschreiberin Steudler Barbara
Protokoll	Kumli Jürg, Ratssekretär
Entschuldigt	Mitglieder GGR: Burri Simon (SVP), Friedli Hans Peter (SVP) und Rutschi Raphael (FDP)
Gäste / Berater	--

## TRAKTANDEN

36.	Protokoll Nr. 2 der GGR-Sitzung vom 8. Mai 2014; Genehmigung.....	101
37.	Kommission für öffentliche Sicherheit; Ersatzwahl .....	103
38.	Gemeindeentwicklung: Raumentwicklungswegweiser 2025; Genehmigung.....	104
39.	Initiative SP-Ostermundigen "Weg mit den Wartelisten - Endlich genügend KiTa-Plätze in Ostermundigen"; Annahme oder Ablehnung der Initiative .....	108
40.	Perimeter „Alpenstrasse“: Ersatz, Sanierung und Erweiterung der Wasser- und Abwasserleitungen, Sanierung und Ersatz der Strassenentwässerung und Erneuerung der Strassenbeläge; Kreditbewilligung.....	118
41.	Feuerwehreglement: Teilrevision; Genehmigung .....	120
42.	Motion EVP-Fraktion betreffend Ergänzung des Wahl- und Abstimmungsreglementes (WAR) der Gemeinde Ostermundigen; Erheblicherklärung/Ablehnung resp. Umwandlung in ein Postulat .....	123
43.	Dringliche Interpellation FDP-Fraktion zum Cupfinal 2014 bzw. zu Hochrisikospiele in Bern; schriftliche Beantwortung .....	126

44.	Orientierungen des Gemeinderates .....	127
	a. Temporegime; erste Erkenntnisse .....	127
	b. Neue Organisationsstruktur der Abteilung Soziales .....	128
45.	Motion SP/Grüne/Gewerkschaften-Fraktion betreffend Verlagerung der Poststelle Ostermundigen 1 in ein künftiges Verwaltungs- und Dienstleistungszentrum; parlamentarischer Neueingang .....	129
46.	Motion B. Grossniklaus (SP) betreffend Anpassung der Mietzinse an den Referenzzinssatz bei BezügerInnen von Sozialhilfe und Ergänzungsleistungen; parlamentarischer Neueingang .....	130
47.	Interpellation S. Löhner (CVP) betreffend Lärmproblematik in der Umgebung der Reformierten Kirche; parlamentarischer Neueingang .....	132
48.	Interpellation Thulani Thomann (SP) betreffend Lärmschutzwand für eine freie Nutzung des Jugend- und Freizeithauses „Hangar“; parlamentarischer Neueingang .....	133
49.	Interpellation B. Grossniklaus (SP): Ist die Wachstumsstrategie der Gemeinde gesichert?; parlamentarischer Neueingang .....	134
50.	Einfache Anfrage FDP.Libérale-Fraktion betreffend Mitgliedschaften der Gemeinde Ostermundigen in Vereinen, Organisationen und Verbänden; parlamentarischer Neueingang .....	135

## Mitteilungen der Ratspräsidentin

**Ratspräsidentin Renate Bolliger (EVP):** Ich begrüsse alle Anwesenden zur 3. Sitzung des Grossen Gemeinderates des Jahres 2014. Ich heisse auch die Vertreter der Presse und die anwesenden Zuschauer herzlich willkommen. Danke für euer Interesse am Geschehen im Rat. Ich stelle fest, dass die Sitzung ordnungsgemäss einberufen und vorschriftsgemäss publiziert worden ist. Ich bitte den Ratssekretär um Namensaufruf.

Es sind 35 Ratsmitglieder anwesend. Der Rat ist somit beschlussfähig.

1. Jakob Weishaupt (SP) hat den Rücktritt als Parlamentsmitglied per Ende Juni 2014 eingereicht. Die SP/Grüne/Gewerkschaften-Fraktion konnte eine Nachfolgerin bzw. einen Nachfolger noch nicht melden.
2. Die beiden Parlamentsmitglieder Bruno Schröter (EVP) und Annette Toggwiler (GLP) haben ihre Rücktritte per 31. Juli 2014 eingereicht. Sie nehmen heute Abend letztmals im Parlament Einsitz.
3. Auf den Tischen wurde verteilt:
  - Ein Änderungsantrag von Rahel Wagner (EVP) zu Traktandum Nr. 41 (Feuerwehrreglement)
  - Der neue „offizielle Ortsplan OSTERMUNDIGEN“
4. Die nächste Sitzung findet terminplanmässig am **18. September 2014** statt.
5. Im Anschluss an die Sitzung treffen wir uns im Restaurant „Rüti“.

## Traktandenliste

Traktandum Nr. 44: Orientierungen des Gemeinderates

- a. Temporegime (Sprecherin: Aliko Panayides)
- b. Neuorganisation der Abteilung Soziales (Sprecher: Synes Ernst)

## Parlamentarische Neueingänge

Diese Vorstösse sind heute Abend eingereicht worden:

- Motion SP/Grüne/Gewerkschaften-Fraktion betreffend Verlagerung der Poststelle Ostermundigen 1 in ein künftiges Verwaltungs- und Dienstleistungszentrum
- Motion B. Grossniklaus (SP) betreffend Anpassung der Mietzinse an den Referenzzinssatz bei BezügerInnen von Sozialhilfe und Ergänzungsleistungen
- Interpellation S. Löhner (CVP) betreffend Lärmproblematik in der Umgebung der Reformierten Kirche

- Interpellation T. Thomann (SP) betreffend Lärmschutzwand für eine freie Nutzung des Jugend- und Freizeithauses „Hangar“
- Interpellation B. Grossniklaus (SP): Ist die Wachstumsstrategie der Gemeinde gesichert?
- Einfache Anfrage FDP.Liberales-Fraktion betreffend Mitgliedschaften der Gemeinde Ostermundigen in Vereinen, Organisationen und Verbänden

### **B e s c h l u s s :**

Die Traktandenliste wird mit den vorerwähnten Anpassungen stillschweigend genehmigt.

---

### **Persönliche Erklärung**

**1. Vizepräsident Bruno Grossniklaus (SP):** Meine beiden Absenzen im Mai haben zu einer Charakterdiskussion betreffend meiner Person geführt. Dazu möchte ich kurz Stellung nehmen:

Es ist korrekt, dass ich an der Vorbesprechung der Mai-Sitzung gefehlt und mich nach der Pause der GGR-Sitzung zurückgezogen habe - das jedoch aus gesundheitlichen Gründen.

Die Vorbesprechung habe ich vergessen, da ich mir den Termin nicht notiert habe. Ich möchte mich bei der Ratspräsidentin, Renate Bolliger, dafür nachträglich entschuldigen. Die GGR-Sitzung wollte ich zuerst aus gesundheitlichen Gründen gar nicht mitmachen. Ich habe mich in der Pause bei meinem Fraktionschef, Peter Blaser, abgemeldet. Leider kam die Information nicht bis zum Ratssekretär.

Diese beiden Fehler sind mir unterlaufen und dafür möchte ich mich beim Parlament entschuldigen. Ich möchte die Ratsmitglieder bitten, für meine Charakterbeurteilung nicht nur einen Monat, sondern die ganze Legislaturperiode von vier Jahren in Betracht zu ziehen. Vielen Dank!

Altbundesrat Willy Ritschard (SP) hat einmal erwähnt: *"Wer denkt, dass er als Meister vom Himmel gefallen ist, ist wohl auf dem Kopf gelandet."* Ich habe von mir nie behauptet, dass ich ein absoluter Alleskönner bin. Ich nehme jedoch für mich in Anspruch, mein Amt als Parlamentsmitglied pflichtbewusst auszuführen.

<sup>1)</sup>

---

<sup>1</sup> Marlies Weber (SVP) nimmt ab 18.05 Uhr an der Sitzung teil. Es sind 36 Ratsmitglieder anwesend.

100.3.10.03 Protokollgenehmigungen GGR

### **36. Protokoll Nr. 2 der GGR-Sitzung vom 8. Mai 2014; Genehmigung**

**Christian Zeyer (SP):** Ich habe eine Anmerkung zu meinem Votum:

- ① Seite 59 - Verwaltungsbericht 2013; Genehmigung

Im drittuntersten Abschnitt sind zwei Korrekturen resp. Ergänzungen vorzunehmen:

... Ein Richtplan sagt *nicht* sehr viel darüber aus, wie eine Beschaffung in nachhaltiger Art und Weise vorgenommen werden muss. ...

... Die Nachhaltigkeit verlangt, dass z. B. die sozialen Aspekte berücksichtigt werden müssen.

**Rahel Wagner (EVP):** Ich möchte ebenfalls eine Korrektur zu meinem Votum vornehmen:

- ① Seite 46 - Protokoll Nr. 1 der GGR-Sitzung vom 13. Februar 2014; Genehmigung

Meine Aussage ist hier völlig falsch verstanden worden. Ich habe nicht danach gefragt, welcher Rechnung der Ersatz der Kupferleitungen durch Glasfaserkabel belastet wird, sondern danach, welcher Rechnung das vorsorgliche Einlegen von Kabelrohren für Glasfaserkabel in bestehende Gräben für Wasser und Abwasser belastet wird. Zudem ist nicht die Frage noch ausstehend, sondern die Antwort des Gemeinderates.

Berichtigte Aussage:

*Meine Frage, welcher Rechnung das vorliegende Einlegen von Kabelrohren für die Glasfaserkabel in bestehende Gräben für Wasser und Abwasser belastet wird, wurde bis dato durch den Gemeinderat nicht beantwortet.*

Streichen: "Die Frage ist immer noch ausstehend."

**Ernst Hirsiger (SVP):** Das Tonband des Ratssekretärs hat kurz gespuckt und meine Aussage wurde nicht sinngemäss wiedergegeben:

- ① Seite 55 - Tram Region Bern: Ausführungsprojekt; Kreditbewilligung für die Linie 10  
... Wir haben *nüchtern* (nicht flüchtig) eine Kosten-/Nutzenberechnung für den Abschnitt Ostermundigen vorgenommen. ...
- ① Des Weiteren habe ich angemerkt, dass in der Abstimmungsbotschaft nicht erwähnt werden soll, dass Ostermundigen ohne Tram zur Geisterstadt verkommt (siehe auch Votum von Bruno Grossniklaus auf Seite 56).

Ich bitte um entsprechende Korrektur.

**Ratspräsidentin Renate Bolliger (EVP):** Zum vorliegenden Protokoll Nr. 2 liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Der Grosse Gemeinderat (GGR) fasst mit 34 zu 0 Stimmen den folgenden

**B e s c h l u s s :**

Das Protokoll Nr. 2 der Sitzung des Grossen Gemeinderates (GGR) vom 8. Mai 2014 wird mit den vorerwähnten Änderungen genehmigt.

10.6.24 Kommission für öffentliche Sicherheit

### **37. Kommission für öffentliche Sicherheit; Ersatzwahl**

**Ratspräsidentin Renate Bolliger (EVP):** Auf Vorschlag der GLP-Fraktion fasst der Grosse Gemeinderat (GGR) mit 34 zu 0 Stimmen den folgenden

#### **B e s c h l u s s :**

Als Ersatz für den zurückgetretenen Luca Alberucci (GLP) wird Frau Rekha Oleschak (GLP) für den Rest der laufenden Amtsperiode, d. h. vom 1. August 2014 bis 31. Dezember 2016 als Mitglied der Kommission für öffentliche Sicherheit gewählt.

10.22.014 Ortsentwicklung

### **38. Gemeindeentwicklung: Raumentwicklungswegweiser 2025; Genehmigung**

**Ratspräsidentin Renate Bolliger (EVP):** Nach Auffassung der Geschäftsprüfungskommission (GPK) ist das Geschäft behandlungsfähig und zulässig.

**Michael Werner (FDP):** Die FDP.Libérale-Fraktion wird dem "Raumentwicklungswegweiser 2025" zustimmen. Er ist ein Meilenstein für eine umfassende Ortsplanungsrevision. Uns erscheint das Kapitel 2 "Wie soll in Zukunft mit den Flächen umgegangen werden" besonders wichtig. Nach Möglichkeit dürfen keine neuen Grünflächen erschlossen werden. Die innere Verdichtung ist zu bevorzugen. Doch es muss aufgepasst werden, dass vor lauter verdichtetem Bauen inkl. Hochhäuser nicht "Strassenschluchten" analog der Bernstrasse entstehen.

**Silvia Fels (EVP):** Die EVP-Fraktion hat sich ebenfalls im Mitwirkungsverfahren zum Raumentwicklungswegweiser 2025 mit folgendem Wortlaut geäußert:

*Wie bereits seit Jahren strebt der Gemeinderat einen Zuwachs der Ostermundigen Bevölkerung auf 18'000 Personen an. Eine Begründung lautete bisher, die Gemeinde hätte bereits einmal eine Wohnbevölkerung von nahezu 18'000 gehabt, die Infrastruktur sei deshalb vorhanden. Wie es sich in letzter Zeit erwiesen hat, ist dies keineswegs der Fall, müssen doch immer wieder neue Kindergärten eröffnet werden.*

Die EVP Ostermundigen ist sehr erfreut, dass im Wegweiser keine neuen Einzonungen mehr geplant sind. Die Skepsis in diese Richtung bleibt jedoch bestehen. Aus Texten des Gemeinderats geht hervor, dass bei der heutigen Situation mit Verdichtungen ein Bevölkerungszuwachs auf 17'500 Personen möglich ist. Wo gedenkt der Gemeinderat die zusätzlichen 500 Bewohnerinnen und Bewohner anzusiedeln?

Die EVP-Fraktion unterstützt das Vorhaben entlang der Bernstrasse, speziell im Bereich der Haltestellen des öffentlichen Verkehrs, verdichtetes Bauen anzustreben. Eine Herausforderung wird es sein, eine gute Mischung von Wohnen und Arbeit zu finden. Idealerweise kann so das Pendeln und damit das Verkehrsaufkommen eingeschränkt werden.

Wir stimmen dem Geschäft zu.

**Hans Rudolf Hausammann (SVP):** Die SVP-Fraktion wird dem Dokument ebenfalls zustimmen. Wir danken allen, die am "Raumentwicklungswegweiser 2025" mitgearbeitet haben. Wir können die Vorrednerin, Silvia Fels (EVP), in ihrer Aussage unterstützen. Es darf nicht nur das Ziel sein, die Bevölkerung auf 18'000 zu erhöhen. Es muss ein qualitatives Wachstum angestrebt werden - sowohl in der Bevölkerung, wie in der Errichtung von Arbeitsplätzen: Wir vertrauen unserem Gemeinderat, dass er dies zu Herzen nimmt.

*Weitere Aussagen sind unverständlich, da der Sprecher zu nahe am Mikrofon des Rednerpults spricht!*

... Die gemeinderätliche Botschaft ist selbsterklärend.

**Eduard Rippstein (CVP):** Auch wir finden das Tempo des Gemeinderates bei dieser Vorlage korrekt. Die Raumentwicklung soll Zug um Zug vorangetrieben werden (keine Schnellschüsse). Uns ist wichtig, dass eine gewisse Flexibilität ins Geschäft einfließt. Der Gemeinderat muss auf Änderungen stetig reagieren können.

**Christian Zeyer (SP):** Die SP/Grüne-Fraktion hat den "Raumentwicklungswegweiser 2025" intensiv studiert und verdankt die geleistete Arbeit. Wie bereits in der Vernehmlassung festgehalten, können sich bei der Umsetzung die Geister scheiden. Es ist richtig und wichtig, dass der Prozess in einer möglichst transparenten Art und Weise durchgeführt wird. Die Erfahrungen haben gezeigt, dass Richtpläne oftmals lange gekocht werden, um anschliessend abgelehnt zu werden. Das ist schade und kostet die Öffentlichkeit viel Geld. Richtpläne sind wichtig und müssen von der Behörde ernst genommen werden. Ich bin überzeugt, dass der Gemeinderat diesem Sachverhalt die nötige Beachtung schenken wird.

Für die SP/Grüne-Fraktion sind die Infrastrukturen besonders wichtig, damit die notwendige Qualität erreicht werden kann. Bereits beim nächsten Traktandum Nr. 39 (KiTa-Initiative) muss über diese Infrastrukturen diskutiert werden. Infrastrukturen sind nicht nur Kindergärten, sondern auch Kindertagesstätten bzw. die Möglichkeit, dass erwerbstätige Frauen ihre Kinder in Obhut geben können.

**Gemeindepräsident Thomas Iten (parteilos):** Besten Dank für die positiven Voten zum "Raumentwicklungswegweiser 2025". Eine Rahmenbedingung bei der Erarbeitung des Dokumentes war es, das das Dokument nicht grösser resp. umfassender ausfällt, als die vorliegende Version. Die Vorgaben der Planungskommissionsmitglieder bestanden darin, dass der "Raumentwicklungswegweiser 2025" auf einer A4-Seite Platz findet. Dieser Platzbedarf war allerdings zu knapp bemessen und so hat heute der "Raumentwicklungswegweiser 2025" die Grösse eines A3-Blattes.

- Das Dokument dient als erster Schritt in die Thematik "Teilrevision der Ortsplanung bzw. der Bauvorschriften". Bereits wurden sehr wichtige Themen dazu von den Parteisprechenden genannt. Der Gemeinderat ist sich durchaus bewusst, dass die Bernstrasse nicht zu einer "Strassenschlucht" verkommen darf. Die Fragestellung, wo darf 3-stöckig, wo 6-stöckig und wo 100-stöckig gebaut werden, muss in einem nächsten Schritt sehr gut überlegt werden.
- Michael Werner (FDP) hat in seinem Votum die Grünflächen angesprochen. Auch hier müssen sehr viele Aspekte berücksichtigt werden.
- Die Frage der 18'000 Einwohnerinnen und Einwohner - heute leben rund 16'500 Einwohner in Ostermundigen - soll mit den heute gültigen Einzonungen erreicht werden können.
- Die Infrastrukturen sind auch für den Gemeinderat von besonderer Wichtigkeit.

- ① Wie können die verschiedenen Bauvorhaben besser aufeinander abgestimmt werden?
- ① Wo entsteht Wohnraum für Familien?
- ① Wo werden die älteren Einwohnerinnen und Einwohner angesiedelt?
- ① etc.

Die verschiedenen Anspruchsgruppen in Ostermundigen sind aufeinander abzustimmen. Die verschiedenen Vorgaben und Steuerungsmechanismen, wie von Christian Zeyer (SP) erwähnt, sind richtig umzusetzen. Dies wird beim "Raumentwicklungswegweiser 2025" das sogenannte "Fleisch am Knochen" sein. Welche Auswirkungen auf die gesamten Infrastrukturen der Gemeinde Ostermundigen müssen berücksichtigt werden?

Der nächste Schritt ist die Richtplanthematik. Der Gemeinderat will die kantonale Baugesetzteilrevision abwarten. Der Kanton Bern will an der ganzen Mehrwertabschöpfung partizipieren. Diesbezüglich sollte der Kanton den Gemeinden nicht noch mehr Steine in den Weg legen, zumal es dabei um Entwicklungsthemen geht. Der Gemeinderat ist sich bewusst, dass im Zusammenhang mit der neuen Raumplangesetzesrevision, der Siedlungsrichtplan auf Bundesebene beachtet werden muss. Heute können diese Auswirkungen noch nicht abgeschätzt werden. Der Gemeinderat will deshalb einen "Marschhalt" einlegen, bis die Auswirkungen der übergeordneten Gesetzesänderungen bekannt sind.

Gleichzeitig ist es dem Gemeinderat ein grosses Anliegen, dass der "Raumentwicklungswegweiser 2025" einen Schritt vorwärts macht. Laufende Projekte (z. B. Ecke Bernstrasse/Rütiweg) dürfen nicht still stehen. Ebenfalls muss eine qualitative Verbesserung erreicht werden - die Liegenschaft Bernstrasse 140 ist ein Paradebeispiel. Die Herausforderung und die damit entstehenden Spannungsfelder werden für alle gross sein. Aus all diesen Gründen muss auch das Parlament in die Weiterbearbeitung integriert werden.

**Ernst Hirsiger (SVP):** Den vom Gemeindepräsidenten erwähnten Spannungsfelder möchte ich noch etwas beifügen: Ich möchte auf das Spannungsfeld "Regionalkonferenz" mit dem Projekt "Boden gutmachen" hinweisen. Wenn durch das Parlament das Wachstum der Bevölkerung der Einwohnerzahlen eingempft wird, dann befinden wir uns auf Kollisionskurs mit dem Ziel der Regionalkonferenz.

**Gemeindepräsident Thomas Iten (parteilos):** "Boden gutmachen" ist nur ein sogenanntes Spannungsfeld. Die Regionalkonferenz hat in ihren Richtplänen das Kulturland klar ausgetrennt. Für die Gemeinde Ostermundigen betrifft es die Grossräume

- Rütibühl: Hier soll gemäss RGSK eine gemeindeüberschreitende Entwicklung stattfinden;
- Nobsstrasse/Untere Zollgasse/Pappelweg: Das RGSK sieht hier eine zukünftige Siedlungsentwicklung vor.

Die von Ernst Hirsiger (SVP) angesprochenen Spannungsfelder müssen vom Gemeinderat an die Hand genommen werden.

**Ratspräsidentin Renate Bolliger (EVP):** Es liegen keine weitere Wortmeldungen mehr vor. Der Grosse Gemeinderat (GGR) fasst einstimmig den folgenden

### **B e s c h l u s s :**

1. Das Strategiedokument „Raumentwicklungswegweiser 2025“ wird genehmigt.
2. Der Gemeinderat wird mit dem Vollzug beauftragt.

---

### **Persönliche Erklärung**

**Christian Zeyer (SP):** Da wir nun gerade über ein Raumplanungsthema diskutiert haben, möchte ich eine **einfache Anfrage gemäss Artikel 55 GO GGR zum Ortsplan** abgeben.

Der vorgängig auf den Ratstischen verteilte "offizielle Ortsplan OSTERMUNDIGEN" ist mit einem Fehler behaftet. Als Präsident der Wohnbaugenossenschaft Oberfeld habe ich festgestellt, dass entlang der Ahornstrasse (im Abschnitt Lindenweg bis Eschenweg) ein zurückgezogenes Baugesuch eingezeichnet ist. Dieses Baugesuch hat gegen die Bauvorschriften verstossen und wurde in der Zwischenzeit von der Bauherrschaft zurückgezogen.

→ Wieso ist das Baugesuch im Ortsplan eingezeichnet?

Ich bitte den Gemeinderat, zur Entstehungsgeschichte des Ortsplanes Stellung zu nehmen.

**Gemeindepräsident Thomas Iten (parteilos):** Ich kann keine abschliessende Antwort geben. Mir ist der Plan ebenfalls erst heute ausgehändigt worden. Ich kann mir vorstellen, dass der neue Ortsplan noch weitere, kleine Fehler ausweist. Ich kann jedoch bestätigen, dass das von Christian Zeyer (SP) erwähnte Baugesuch in der Zwischenzeit zurückgezogen wurde.

**Departementsvorsteherin Hochbau Ursula Lüthy (Grüne):** Der Ortsplan wurde nicht heute erstellt und gedruckt. Die Erstellung eines Ortsplanes benötigt einige Monate an Bearbeitungszeit. In dieser Zeitspanne (Vorlaufzeit ca. 1 Jahr) kommt es laufend zu Änderungen. In einem Ortsplan kann nie der aktuellste Stand sämtlicher Bauvorhaben bzw. Ausbauten und Namensgebungen wiedergegeben werden.

- ① Das Baugesuch wurde infolge falscher Berechnung der Bruttogeschossflächen zwischenzeitlich zurückgezogen.

**Christian Zeyer (SP):** Ich hoffe, dass vom Ratssekretär alles korrekt protokolliert wird.

10.2.01 Initiativen  
63.13.00 Allgemeines (früher: 63.150)

### **39. Initiative SP-Ostermundigen "Weg mit den Wartelisten - Endlich genügend KiTa-Plätze in Ostermundigen"; Annahme oder Ablehnung der Initiative**

**Ratspräsidentin Renate Bolliger (EVP):** Nach Auffassung der Geschäftsprüfungskommission (GPK) ist das Geschäft behandlungsreif und zulässig.

**Andreas Thomann (SP):** Ich habe sehr viel Papier vor mir. Das bedeutet nicht automatisch, dass ich jetzt viel reden möchte. Trotzdem werde ich noch einige Angaben zur Initiative abgeben bzw. noch etwas näher vorstellen. Vielleicht habt ihr Parlamentarier in der gemeinderätlichen Botschaft nicht alles hundertprozentig verstanden. Gleichzeitig können wir einem kleinen historischen Moment beiwohnen: Es ist die erste Initiative seit über 20 Jahren, welche wir heute Abend beraten. Die wenigsten waren bei der Doppelinitiative "Schulwegsicherung" bereits im Parlament anwesend.

Die Mitgliederversammlung der SP/Grüne-Fraktion vom 25. April 2013 hat dem Initiativkomitee den Auftrag erteilt, die KiTa-Initiative zu lancieren. Nach etwas mehr als einem Jahr können wir bereits über dieses Geschäft diskutieren und entscheiden.

Die KiTa-Geschichte ist in Ostermundigen eine lange. Bereits in den 80er-Jahren wurde die sogenannte "Krippen-Initiative" eingereicht. Damals waren noch keine KiTa-Plätze vorhanden. Heute können wir auf 30 KiTa-Plätze zurückgreifen. Die Situation in Ostermundigen hat sich ebenfalls dank privaten Anbietern verbessert.

Vor sechs Jahren wurde eine überparteiliche Motion betreffend Schaffung von zusätzlichen Kinderbetreuungsplätzen eingereicht und erheblich erklärt. In der Zwischenzeit sind sieben zusätzliche KiTa-Plätze, d. h. durchschnittlich ein neuer Platz pro Jahr, geschaffen worden. Jetzt wäre der Moment da, noch mehr KiTa-Plätze umzusetzen.

#### **① Wieso eine Vermehrung der KiTa-Plätze?**

Die Bevölkerungszahl in Ostermundigen hat bekannter Weise zugenommen und es gibt wieder mehr Kinder. Während der Schwangerschaft meiner Frau haben wir uns für einen KiTa-Platz angemeldet. Die Warteliste für einen KiTa-Platz kannte 80 bis 90 Anfragen. Wir hätten rund viereinhalb Jahre auf einen KiTa-Platz warten müssen. Meine Tochter wäre rund vor einem Monat in die Kindertagesstätte aufgenommen worden, d. h. rund ein halbes Jahr bevor sie in den Kindergarten übertritt. Entsprechend hätte die Familienplanung - insbesondere die meiner Frau - ausgesehen.

Der Bedarf an KiTa-Plätzen ist unbestritten (siehe Initiativtext). Die Warteliste ist heute mit 90 Kindernamen versehen. Ein ganz wesentlicher Inhalt der Initiative ist es, dass nicht nur subventionierte KiTa-Plätze geschaffen werden. Auch nicht subventionierte KiTa-Plätze müssen angeboten werden. Dank deren kann eine pädagogische Durchmischung der sozialen Schichten erreicht werden. Eine einseitige Gesellschaft kann dadurch ausgeklammert werden. Nichts desto trotz müssen beide Arten von KiTa-Plätzen unterstützt werden.

Was immer wieder zu Reden gibt, sind die Kosten bzw. die Ausgaben für die Schaffung von KiTa-Plätzen. Vom volkswirtschaftlichen Nutzen wird nur wenig berichtet. Dazu kann die Stu-

die des Vereins Region Bern beigezogen werden, welche ausführliche Zahlen zum volkswirtschaftlichen Nutzen darlegt. Berechnet wird, dass da wo ein Franken investiert wird, rund zweieinhalb Mal zurückkommt. Die Zahlen beziehen sich auf die bestehenden KiTa-Plätze in der Region. D. h. rund 80 % der KiTa-Plätze sind in der Stadt Bern beheimatet. Nach der Stadt Bern nimmt die vorbildliche Gemeinde Köniz den zweiten Platz ein. Die restlichen KiTa-Plätze verteilen sich auf die umliegenden Gemeinden.

Die KiTa-Kosten in der Höhe von 34,5 Mio. Franken haben im Jahre 2007 eine Nutzenwirkung von 89,3 Mio. bis 122 Mio. Franken erwirkt. Somit hat die Region Mehreinnahmen zwischen 5,7 bis 8 Mio. Franken erwirtschaftet. Diese Zahlen haben bestätigt ... (auf Tonband nicht mehr verständlich).

Das Finanzierungsmodell wird in der Initiative nicht abgeändert. Wir sind mit dem von der Gemeinde Ostermundigen praktizierten Modell zufrieden. Ostermundigen kennt leider nur sehr wenige KiTa-Plätzeanbieter und das vorerwähnte Nutzniessersmodell ist nicht auf Ostermundigen übertragbar.

Das Gutscheinesystem der Stadt Bern ist zurzeit noch ein Pilotprojekt und muss vom Kanton Bern noch bewilligt werden. Dementsprechend können wir zum jetzigen Zeitpunkt das System nicht einfach so übernehmen. Sehr wesentlich ist auch, dass unsere Initiative eine sogenannte Strukturinitiative ist. Es geht um KiTa-Plätze und nicht um das Finanzierungsmodell.

**Departementsvorsteher Soziales Synes Ernst (CVP):** Mit der Initiative „Weg mit den Wartelisten - Endlich mehr KiTa-Plätze in Ostermundigen“ greift die SP ein wichtiges Anliegen auf. Der Gemeinderat teilt die Einschätzung der Initiantinnen und Initianten: In Ostermundigen braucht es mehr KiTa-Plätze.

Dass es einen Mangel an familienexternen Betreuungsplätzen gibt, lässt sich unschwer feststellen. Die Warteliste ist lang, wobei zur Aussagekraft dieser Liste auch einige Vorbehalte anzubringen sind. Kaum war ich im Amt als Sozialvorsteher, habe ich Telefonanrufe von Eltern erhalten, die nach Ostermundigen ziehen wollten und sich erkundigten, ob es auch genügend KiTa-Plätze gäbe. Wir wissen, dass mindestens drei Anbieter von privaten Kindertagesstätten ihr Interesse angemeldet haben, in unserer Gemeinde aktiv zu werden. Das wäre nicht der Fall, wenn da nicht ein Nachholbedarf vorhanden wäre. Schliesslich wollen die privaten Anbieter Geld verdienen, was ja nicht verboten ist.

Was wir hier feststellen, ist nicht spezifisch für Ostermundigen. So zeigt eine aktuelle Umfrage aus dem Kanton St. Gallen, dass 75 % aller befragten Eltern angeben, dass die Antwort auf die Frage, gibt es eine Kindertagesstätte oder nicht, die Wahl ihres künftigen Wohnortes beeinflusse. Das heisst mit anderen Worten: KiTa-Plätze sind ein wichtiger Standortfaktor, vor allem auch dann, wenn wir im Wettbewerb mit anderen Gemeinden stehen, die wie wir ebenfalls eine gute Durchmischung ihrer Bevölkerung anstreben und deshalb viel unternehmen, um ihre Attraktivität für junge Familien zu steigern.

In diesen Standortfaktor müssen wir investieren wie zum Beispiel eine gute Verkehrsinfrastruktur oder in gute Schulen. Volkswirtschaftlich betrachtet ist dies eine ausgezeichnete Investition, da jeder Franken, der hier ausgegeben wird, bis zu 1,5-fach zurückkommt. Vorher ist eine höhere Zahl genannt worden. Es kommt immer darauf an, was man in die Berechnungen mit ein bezieht. Wie auch immer: Kindertagesstätten zahlen sich aus. Volkswirtschaftlich sinnvoll ist es auch, dass wir mit KiTa-Plätzen Frauen ermöglichen, das was sie gelernt

oder studiert haben, im Berufsleben auch umzusetzen. Angesichts des Fachkräftemangels in der Schweiz, der tendenziell eher noch zunehmen wird, gewinnt dieser Aspekt zusätzlich an Bedeutung, ganz abgesehen vom Wert, den eine bezahlte Tätigkeit für jeden Menschen hat.

Wir dürfen auch nicht vergessen, dass es Familien gibt, wo ein Einkommen nicht genügt, um den Unterhalt zu finanzieren. Wenn beide Elternteile arbeiten müssen, drängt sich aus sozialpolitischen Gründen auf, dass die öffentliche Hand unterstützend eingreift, damit dies auch möglich ist. In solchen Fällen ist die Kindertagesstätte ein wichtiger Ort, um die Integration von Kindern mit Migrationshintergrund und ihren Familien in unsere Gesellschaft zu fördern.

Wir sehen, das Anliegen der Initiative ist wichtig, aber:

Der Weg, der von der Initiative zur Verbesserung unserer KiTa-Situation vorgeschlagen wird, ist nach Auffassung des Gemeinderats nicht gangbar. Er lehnt ihn ab, weil er für eine Art von finanzpolitischem Blindflug mit zu hohen Risiken darstellt. Wir wissen nicht, wie viele Berechtigte ihren Anspruch einfordern und notfalls einklagen werden. Wir wissen nicht, wie viele dieser Plätze der Kanton subventionieren wird. Das heisst, wir kennen die finanziellen Kosten nicht, die uns aus der Umsetzung des Rechtsanspruchs entstehen würden. Mit der Einführung eines Rechtsanspruchs würden wir in diesem Bereich zudem die Hoheit über unsere Ausgaben verlieren. Wenn schon, wollen wir lieber selber sagen, wofür wir wie viel Geld ausgeben.

Und genau das bietet die Lösung, die der Gemeinderat dem Parlament in seinem Gegenvorschlag anbietet - eine klar definierte Zahl von zusätzlichen KiTa-Plätzen, und das während eines bereits heute bestimmten Zeitraums. Der Gegenvorschlag kostet auch Geld, ganz klar, aber weil das Gesetz des Handelns bei uns bzw. beim Parlament liegt, können wir das, was wir vorschlagen, finanzpolitisch auch verantworten. Es ist ein Flug mit klarer Sicht.

Falls unser Gegenvorschlag vom Parlament und vom Volk angenommen wird, muss der Gemeinderat dem Parlament ein Konzept unterbreiten, wie er umgesetzt werden soll. Heute jedoch wird schon festgelegt, dass die Situation nach drei Jahren neu beurteilt wird. Warum diese drei Jahre? Das hängt damit zusammen, dass derzeit in einem Pilotversuch in der Stadt Bern abgeklärt wird, ob auch andere Systeme zur Subventionierung von KiTa-Plätzen als das geltende sich in der Praxis bewähren. Sollte dies der Fall sein, könnte der Kanton die heutigen Rechtsgrundlagen ändern und den Gemeinden die freie Systemwahl ermöglichen. Das ist jedoch frühestens auf den 1. Januar 2017 der Fall. Dies würde mit anderen Worten bedeuten, dass Ostermundigen in Kenntnis der Rechtslage das Subventionierungssystem neu beurteilen könnte. Wir verbauen uns mit der Zustimmung zum Gegenvorschlag also nichts.

Ich bitte das Parlament, der Argumentation des Gemeinderats zu folgen und das zu tun.

**Tobias Weibel (FDP):** Es sind unter anderem auch Initiativen aus dem rechten Lager, die den Bedarf an KiTa-Plätzen künftig indirekt erhöhen werden. So hat der Bundesrat letzte Woche die Absicht untermauert, künftig ausbleibende Arbeitskräfte aus dem Ausland mit einheimischer Frauenpower wett zu machen. Viele andere Möglichkeiten gibt es ehrlich gesagt auch nicht und dazu braucht es auch mehr KiTa-Plätze. Ausserdem finden diverse familienfreundliche Überbauungen in unserer Gemeinde langsam ein Ende.

Aus der Sicht der FDP Ostermundigen schießt die vorliegende Initiative mit 20 zusätzlich nötigen Kindertagesstätten über Nacht über das Ziel hinaus. Wir unterstützen deshalb die Massnahmen, welche der Gegenvorschlag des Gemeinderates beinhaltet, im Sinn einer jährlichen Anhebung von den KiTa-Plätzen je nach Bedarf.

**Rahel Wagner (EVP):** Die EVP-Fraktion stimmt der vorliegenden KiTa-Initiative nicht zu. Wie der Gemeinderat, so können auch wir diese unerhörte Forderung nicht verantworten. Wir fragen uns: „Was hat sich die SP überlegt, als sie diese Initiative ausarbeitete und lancierte?“ Es kann doch nicht sein, dass der stimmberechtigten Bevölkerung von Ostermundigen eine Initiative vorgelegt wird, welche die Finanzen unserer Gemeinde bei deren Realisierung völlig aus dem Gleichgewicht bringen würde.

Wer eine Initiative lanciert, sollte auch die finanziellen Folgen für eine Gemeinde bedenken. Interessant ist, dass in den Erläuterungen des Initiativkomitees zur KiTa-Initiative steht, wie viel ein KiTa-Platz pro Jahr ungefähr kostet, und dass es noch nicht sicher ist, ob und in welcher Höhe Beiträge des Kantons zu erwarten sind. Rechnet man das Ganze einmal hoch, so hätte den Initianten doch klar werden müssen, dass ihre Forderungen die Gemeinde in jedem Fall vor unlösbare finanzielle Probleme stellen würde. Oder nimmt es die SP auf die leichte Schulter, wenn die Gemeinde den Steuerfuss zugunsten der Kindertagesstätten massiv anheben müsste und/oder andere Dienstleistungen nicht mehr anbieten könnte, obwohl sie gesetzlich dazu verpflichtet ist?

Die EVP-Fraktion würde es sehr begrüßen, wenn das Initiativkomitee seine Initiative zugunsten des gemeinderätlichen Gegenvorschlags zurückziehen würde.

① Zum Gegenvorschlag des Gemeinderates

Diesen wird die EVP-Fraktion unterstützen, auch wenn es fraglich ist, ob das die Gemeindefinanzen ertragen. Es ist jedoch unumstritten, dass in Ostermundigen eine hohe Anzahl an KiTa-Plätzen fehlt. Hier einen gangbaren Weg zu finden, ist schwierig. Ganz besonders die Haltung des Kantons bezüglich der Subventionen hat grosse Bedeutung für unsere Gemeinde. Deshalb sollte noch nicht mit allzu grosser Kelle angerührt werden. Der Gegenvorschlag sieht vor, dass in den nächsten drei Jahren jährlich mindestens 8 bis 12 subventionierte KiTa-Plätze geschaffen werden. Wir sind der Meinung, ein Anfang mit acht Plätzen würde schon viel bringen. Und je nach Entwicklung der Gemeindefinanzen kann dann die Anzahl allenfalls erhöht werden.

Auch die Frage, welches System in unserer Gemeinde gelten soll (Einkauf von KiTa-Plätzen, Gutscheinesystem etc.) muss sehr gut evaluiert werden. Dabei ist unbedingt das Ergebnis des Pilotprojekts „KiTa-Gutscheine“ in der Stadt Bern abzuwarten.

Die EVP-Fraktion erwartet, dass der Gemeinderat bei der Schaffung von KiTa-Plätzen vorsichtig vorgeht. Lieber langsam und stetig, als schnell mit dem Risiko, dass Plätze wieder aufgehoben werden müssen.

**2. Vizepräsident Cédric Luyet (GLP):** Im Gegensatz zur EVP-Fraktion möchten wir die SP zur KiTa-Initiative gratulieren! Auch wenn sie, wie so oft bei Initiativen, zu weit geht und im aktuellen Beispiel finanziell nicht tragbar ist, wurde hier eine wichtige Diskussion zugunsten der Familien angeregt. Sie hat nicht nur zu Diskussionen sondern den Gemeinderat auch zum Handeln gezwungen. Der Gegenvorschlag ist durchaus vertretbar. Wir sind wahrscheinlich alle der Meinung, dass Ostermundigen möglichst bald mehr Kinderbetreuungsplätze bieten muss!

Es ist aber schade, dass der Gemeinderat in seiner Argumentation das Gutscheinesystem von vornherein disqualifiziert. Das Gutscheinesystem ist insbesondere interessant, weil es im Sinn der überregionalen Zusammenarbeit zu vielen Synergien führen kann, vor allem für die Administration. Aber auch für die Eltern kann ein Systemabgleich mit Bern nur vorteilhaft sein. Plötzlich bieten sich etliche Kindertagesstätten an, bei welchen Gutscheinen eingelöst werden können. Oder mit anderen Worten eröffnet sich für die Eltern eine grössere, und freiere flexiblere Wahl an Kindertagesstätten, entweder nahe am Wohnort in Ostermundigen oder Nähe am Arbeitsort in Bern oder auch umgekehrt, für die die in Bern wohnen und in Ostermundigen arbeiten. Genau diese flexiblere Nachfrage sollte in der Theorie auch automatisch zu mehr Angebot und Konkurrenz führen.

Natürlich ist es zu früh, von einem durchschlagenden Erfolg des Gutscheinesystems in Bern zu sprechen - es ist ja noch ein Pilotprojekt. Auch die Finanzierung ist noch absolut unklar - aber Zeit bringt Rat. Bis 2017 wird sich herausstellen, wie die Kosten, aber auch die Wartelisten, sich mittels Gutscheinesystem entwickeln. Wenn der Gemeinderat einen Gegenvorschlag formuliert, sollte er sich gegenüber der KiTa-Initiative alle Optionen offenhalten. Wer weiss, vielleicht wird das Gutscheinesystem ein wichtiger Trumpf in der Abstimmungsargumentation und sollte aus diesem Grund nicht zu früh ad Acta gelegt werden.

**Melanie Gasser (GLP):** Wie Cédric Luyet vorhin erwähnt hat, sind wir nach wie vor überzeugt, dass das Gutscheinesystem eine gute Sache ist. Wie sich gezeigt hat, sind wir mit unserem Vorschlag einfach noch ein wenig zu früh. Wir werden dementsprechend unseren Gegenvorschlag heutige Abend nicht formell einreichen.

Wir wissen, dass in Bezug auf KiTa-Plätze Handlungsbedarf besteht. Was wir aber auch noch wissen, ist, dass wir auf keinen Fall einen gesetzlichen Anspruch verankern wollen, wie dies die Initiative der SP vorsieht. Deshalb gilt es jetzt, den gemeinderätlichen Vorschlag gemeinsam zu unterstützen. Wir sind überzeugt, dass dieser sogenannte Ausbau im bestehenden System wirklich nur eine Übergangslösung sein darf. Es müssen nochmals alle Varianten auf ihre Tauglichkeit hin sorgfältig überprüft werden. Insbesondere soll zum gegebenen Zeitpunkt im Jahre 2017 auch noch einmal das Thema "Gutscheinesystem" geprüft werden.

Uns ist der Antrag des Gemeinderates noch zu wenig. Uns ist es ein besonderes Anliegen, dass im Jahre 2017 eine ernsthafte Systemüberprüfung stattfindet. Deshalb stellen wir einen **Änderungsantrag Nr. 1**, die Beschlusseziffer Nr. 2 wie folgt anzupassen.

*2. Dem Gegenvorschlag des Gemeinderates Ausbau innerhalb des bestehenden Systems und einer erneuten Systemüberprüfung 2017 wird zugestimmt.*

Uns ist es ein besonderes Anliegen, dass alles sorgfältig überprüft wird.

**Lucia Müller (SVP):** Die SVP-Fraktion hat sich intensiv mit diesem Geschäft auseinander gesetzt und sich dafür entschieden, heute den Gegenvorschlag des Gemeinderates zu unterstützen.

Das Anliegen nach mehr Betreuungsplätzen in der modernen Gesellschaft kann nicht wegdiskutiert werden. Wir fragen uns allerdings, ob es wirklich die alleinige Aufgabe der öffentlichen Hand wäre, diese Betreuungsplätze zu organisieren. Vielmehr vermissen wir hier das

aktive Engagement der Wirtschaft, deren Interesse es ja sein müsste, die heute grösstenteils gut ausgebildeten jungen Eltern während ihrer wichtigen Betreuungsaufgaben im aktiven Arbeitsprozess optimal zu integrieren.

Der Vorschlag des Gemeinderates, mit dem gestaffelten Ausbau des heutigen Angebotes, scheint uns unter allen heute zu berücksichtigenden Faktoren moderat und vor allem realistisch, da auch finanziell einigermaßen abschätzbar - und wohl gerade eben noch vertretbar.

Im Weiteren unterstützen wir klar den Änderungsantrag der GLP, die mit dem heutigen Entscheid gefällte Situation im Jahr 2017 neu zu prüfen. Da bis zu diesem Zeitpunkt erste Zahlen und Erfahrungsberichte auch zum in Bern vor kurzem eingeführten Modell der Betreuungsgutscheine vorliegen dürften, wird es dann sicher richtig sein, die heutigen Fragen in Kenntnis dieser Erfahrungen erneut zu diskutieren.

**Colette Nova (SP):** Ich bin ein wenig erstaunt über die harten Vorwürfe von Rahel Wagner (EVP). Wer in der Politik tätig ist, weiss, dass mit einer solchen Initiative eine Debatte ausgelöst werden kann. Das eine "Eins zu Eins-Lösung" nur schwer erwirkt werden kann, dass wissen wir alle hier im Saal. Uns geht es primär darum, die Anzahl der KiTa-Plätze zu erhöhen. Eine derartige Initiative ist ein gutes Mittel zum Zweck.

Ich möchte einen **Änderungsantrag Nr. 2** zu den gemeinderätlichen Beschlussesziffern Nr. 1, 2 und 4 vortragen, die da neu wie folgt lauten:

*Ziffer Nr. 1: Die Initiative der SP Ostermundigen "Weg mit den Wartelisten - Endlich genügend KiTa-Plätze in Ostermundigen" wird angenommen.*

*Ziffer Nr. 2: Dem Gegenvorschlag des Gemeinderates "Ausbau innerhalb des bestehenden Systems" wird zugestimmt. Der Ausbau besteht darin, dass die Zahl der subventionierten KiTa-Plätze für die Jahre 2015 - 2018 um jährlich mindestens 12 Plätze erhöht wird. Im Jahr 2017 beurteilt der Gemeinderat die Situation neu und erstattet dem Parlament Bericht. Darin zeigt er auch auf, wie das KiTa-Angebot weiter entwickelt werden soll.*

*Ziffer Nr. 4: Diese Ziffer ist ersatzlos zu streichen.*

Wie viele zusätzliche KiTa-Plätze es letztendlich in der Beschlussesziffer Nr. 2 sein werden, wird die heutige Debatte zeigen.

**Andreas Thomann (SP):** Der Gegenvorschlag des Gemeinderates hat ergeben, dass eine Mehrheit der Parlamentsmitglieder mit der eingereichten Initiative nicht einverstanden ist und der Gegenvorschlag mit gewissen Nuancen auf mehr Zustimmung stösst. Wir sind nach wie vor der Auffassung, dass die Initiative sowie der Gegenvorschlag des Gemeinderates unser Anliegen unterstützen.

Wir sind bereit, den Gegenvorschlag des Gemeinderats unter folgenden Bedingungen zu akzeptieren:

- Es müssen mindestens 8 bis 12 oder wie im Änderungsantrag von Colette Nova (SP) geäussert, eine Erhöhung auf mindestens 12 Plätze jährlich erhöht werden.
- Die Anzahl der KiTa-Plätze darf auf keinen Fall weniger als acht betragen.

Gleichzeitig möchte ich Cédric Luyet (GLP) für sein Kompliment danken. Auch Lucia Müller (SVP) möchte ich in ihrem Votum unterstützen: Ihre Anmerkung, dass auch die Wirtschaftskette funktionieren muss, kann ich unterstützen und wurde im Initiativtext auch berücksichtigt. Wirtschaftsbetriebe haben KiTa-Plätze zu unterstützen!

Der Änderungsantrag Nr. 1 der GLP-Fraktion betreffend einer Überprüfung des Gutscheinsystems bis in drei Jahre können wir unterstützen. Uns geht es darum, dass die jetzige Situation verbessert wird.

**Departementsvorsteher Soziales Synes Ernst (CVP):** Besten Dank für die Aufnahme der gemeinderätlichen Botschaft inkl. Gegenvorschlag. Ich glaube, dass wir auf den richtigen Weg eingebogen sind. Jetzt geht es darum, ob der Systemwechsel in den Gegenvorschlag des Gemeinderates einfließen soll oder nicht? Der Vorschlag wurde ebenfalls von Lucia Müller (SVP) unterstützt. Auch Andreas Thomann (SP) hat sich positiv dazu geäußert.

Der Gemeinderat kann ebenfalls damit leben. Ich fände es sinnvoll, dass, wenn der Gegenvorschlag zur Ausführung gelangen soll, ein möglicher Systemwechsel überprüft wird. Damit würde der Änderungsantrag Nr. 1 von Melanie Gasser (GLP) zur Anwendung kommen resp. in den Änderungstext von Colette Nova (SP) zu einer neuen Beschlusseziffer Nr. 2 einfließen.

**Ratspräsidentin Renate Bolliger (EVP):** Um den weiteren Verlauf des Geschäftes konstruktiv festlegen zu können, schlage ich einen fünf minütigen Sitzungsunterbruch vor.

**----- 5 Minuten Sitzungsunterbruch -----**

**Ratspräsidentin Renate Bolliger (EVP):** Die Diskussionen in den Fraktionen konnten in der Zwischenzeit geführt werden. Wir können mit dem Geschäft weiterfahren.

**Eduard Rippstein (CVP):** Die Fraktionspräsidentinnen und -präsidenten schlagen mittels **Änderungsantrag Nr. 3** eine neue Beschlusseziffer Nr. 2 vor, die da lautet:

- 2. Dem Gegenvorschlag des Gemeinderates "Ausbau innerhalb des bestehenden Systems" wird zugestimmt. Der Ausbau besteht darin, dass die Zahl der subventionierten KiTa-Plätze für die Jahre 2015 - 2017 um jährlich im Schnitt um 10 Plätze erhöht wird. Im Jahr 2017 beurteilt der Gemeinderat die Situation neu, erstattet dem Parlament Bericht und überprüft einen möglichen Systemwechsel.*

Eine feste Anzahl an KiTa-Plätze ist für den Gemeinderat schwierig zu realisieren. Aus diesem Grund haben wir die Variantenlösung gewählt.

**Ratspräsidentin Renate Bolliger (EVP):** Melanie Gasser (GLP) zieht ihren Änderungsantrag Nr. 1 zurück. Über die Änderungsanträge Nr. 2 und 3 werden wir pro Beschlusseziffer abstimmen.

### **A b s t i m m u n g**

Der Änderungsantrag Nr. 2 von Colette Nova (SP) der da lautet:

1. *Die Initiative der SP Ostermundigen "Weg mit den Wartelisten - Endlich genügend KiTa-Plätze in Ostermundigen" wird angenommen.*

→ Der Änderungsantrag Nr. 2 wird mit 23 zu 13 Stimmen **abgelehnt**.

Die Beschlusseziffer gemäss gemeinderätlichen Botschaft lautet:

1. *Die Initiative der SP Ostermundigen "Weg mit den Wartelisten - Endlich genügend KiTa-Plätze in Ostermundigen" wird abgelehnt.*

→ Die gemeinderätliche Beschlusseziffer Nr. 1 wird mit 23 zu 12 Stimmen **genehmigt**.

Der Änderungsantrag Nr. 3 der Fraktionspräsidien lautet:

2. *Dem Gegenvorschlag des Gemeinderates "Ausbau innerhalb des bestehenden Systems" wird zugestimmt. Der Ausbau besteht darin, dass die Zahl der subventionierten KiTa-Plätze für die Jahre 2015 - 2017 um jährlich im Schnitt um 10 Plätze erhöht wird. Im Jahr 2017 beurteilt der Gemeinderat die Situation neu, erstattet dem Parlament Bericht und überprüft einen möglichen Systemwechsel.*

→ Der Änderungsantrag Nr. 3 wird einstimmig **genehmigt**.

**Ratspräsidentin Renate Bolliger (EVP):** Jetzt kommen wir noch zu der Beschlusseziffer Nr. 3.

**Andreas Thomann (SP):** Besten Dank dem Gemeinderat für seine geleistete Arbeit inkl. seinen Gegenvorschlag. Ich habe keine solche Reaktion erwartet. Ich bin sehr positiv über die Art und Weise überrascht. Der gemeinderätliche Gegenvorschlag ist dermassen gut, dass die breite Mehrheit der Ostermündiger Politik dazu stehen kann. Auch der Verwaltung sowie dem zuständigen Gemeinderat, Synes Ernst, gilt ein grosses Dankeschön.

Als Präsident die Initiativkomitees ziehe ich die vorliegende Initiative aus Kostengründen zurück. Mit diesem Vorgehen kann die notwendige Volksabstimmung verhindert werden. Die Beschlusseziffer Nr. 3 kann somit ersatzlos gestrichen werden.

**1. Vizepräsident Bruno Grossniklaus (SP):** Ich habe noch eine Verfahrensfrage: Gibt es noch eine Schlussabstimmung?

**Ratspräsidentin Renate Bolliger (EVP):** Ja.

**1. Vizepräsident Bruno Grossniklaus (SP):** Dann wäre es aus meiner Sicht sinnvoll, wenn die Initiative zurückgezogen wird.

**Colette Nova (SP):** Wie geht es nun weiter mit der Initiative? Braucht es nun überhaupt eine Volksabstimmung? Zuhanden des Protokolls ist eine Aussage aus der Optik des Gemeinderates notwendig.

**Departementsvorsteher Soziales Synes Ernst (CVP):** Es ist so, wenn die Initiative zurückgezogen wird, gibt es keine Volksabstimmung über die Initiative und den Gegenvorschlag.

**Christian Zeyer (SP):** Was macht der Gemeinderat in Zukunft mit dem Geschäft? Seine Absichten sollten im Protokoll noch festgehalten werden.

**Gemeindepräsident Thomas Iten (parteilos):** Die verschiedenen Varianten (inkl. Gegenvorschlag) hat der Gemeinderat umfangreich juristisch abgeklärt. Wie vorhin Synes Ernst erwähnt hat, wird nach dem Rückzug der Initiative das gemeinderätliche Konzept, wie in der Botschaft beschrieben, gestartet. Letztendlich kann der Grosse Gemeinderat zum Konzept noch Stellung nehmen.

Mit dem Rückzug der Initiative ist der vorerwähnte Fall eingetreten. Der Gemeinderat erteilt nun den Auftrag, mit der Erarbeitung des Konzeptes zu starten. Dieser Sachverhalt war für den Gemeinderat stets klar.

**Ratspräsidentin Renate Bolliger (EVP):** Zur Initiative sowie zum Gegenvorschlag liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Der Grosse Gemeinderat (GGR) hat die Schlussabstimmung vorzunehmen. Er fasst einstimmig den folgenden

### **B e s c h l u s s :**

1. Die Initiative der SP-Ostermundigen „Weg mit den Wartelisten - Endlich genügend KiTa-Plätze in Ostermundigen“ wird abgelehnt.
2. Dem Gegenvorschlag des Gemeinderates „Ausbau innerhalb des bestehenden Systems“ wird zugestimmt. Der Ausbau besteht darin, dass die Zahl der subventionierten KiTa-Plätze für die Jahre 2015 bis 2017 um im Schnitt jährlich 10 Plätze erhöht wird. Im Jahr 2017 beurteilt der Gemeinderat die Situation neu, erstattet dem Parlament Bericht und überprüft einen möglichen Systemwechsel.

----- **A p p l a u s** -----

**Departementsvorsteher Soziales Synes Ernst (CVP):** Vielen Dank dem Parlament für die Art und Weise der Behandlung dieses Geschäftes. Den Dank von Andreas Thomann (SP) werde ich an die Verwaltung - insbesondere an die Bereichsleiterin, Marianne Rohr, weitergeben. Sie wird den Auftrag für das Umsetzungskonzept an die Hand nehmen. Ich bin froh über den Rückzug der Initiative. Die politische Vernunft hat obsiegt und mit dem Verzicht einer Volksabstimmung können rund 10'000 Franken eingespart werden (dies entspricht bereits einem KiTa-Platz).

**Christian Zeyer (SP):** Besten Dank für die Unterstützung. Wir stehen kurz davor, im Oberfeld eine 24-plätzig Kindertagesstätte zu eröffnen.

----- **15 Minuten Pause** -----

- 40.8.12 Sanierung Strassenentwässerung (Schächte + Leitungen)
- 42.2.43 Leitungsnetz; Hauptleitungen, Unterhalt
- 42.2.45 Leitungsnetz; Anschlussleitungen, Unterhalt
- 42.3.44 Abwasseranlagen; Private (Gesuche, Bewilligungen) (früher 42.314)

#### **40. Perimeter „Alpenstrasse“: Ersatz, Sanierung und Erweiterung der Wasser- und Abwasserleitungen, Sanierung und Ersatz der Strassenentwässerung und Erneuerung der Strassenbeläge; Kreditbewilligung**

**Ratspräsidentin Renate Bolliger (EVP):** Nach Auffassung der Geschäftsprüfungskommission (GPK) ist das Geschäft behandlungsfähig und zulässig.

**Roger Schneiter (SVP):** Die SVP-Fraktion stimmt dem Kreditantrag zu. Wir wünschen uns, dass die Abteilung Tiefbau + Betriebe sowie die zuständigen Personen die Anwohnenden fortlaufend über den Stand des Geschäftes informieren und dass die Parkplatzsituation zu aller Zufriedenheit gelöst wird. Ebenfalls möchten wir, dass die Unternehmer angehalten werden, die Submissionen soweit als möglich einzuhalten. In diesem Sinne hoffen wir, dass die Arbeiten problemlos und ohne notwendigen Nachkredit ausgeführt werden können.

**Bruno Schröter (EVP):** Eigentlich wollte ich heute Abend nicht mehr ans Rednerpult treten. Die EVP-Fraktion findet es sinnvoll, dass die Sanierungsarbeiten vorgenommen werden. Sie stimmt dem Geschäft ebenfalls zu.

Ich möchte die Gelegenheit nutzen und allen Parlamentsmitgliedern ein Dankeschön auszusprechen. Ich habe eine schöne Zeit im Grossen Gemeinderat verbracht. Doch leider lässt der Gesundheitszustand meiner Frau eine Weiterführung des Mandates nicht mehr zu. Ich wünsche euch allen für die Zukunft nur das Beste.

- - - - - **A p p l a u s** - - - - -

**Michael Werner (FDP):** Wir von der FDP.Liberale-Fraktion stimmen dem Geschäft ebenfalls zu. Uns hat besonders gefreut, dass die Termine in Kapitel 2.6 inkl. Kreditabrechnung festgehalten werden konnten. Jetzt kann eine verspätete Kreditabrechnung ausgeschlossen werden.

**Rudolf Kehrli (SP):** Im GPK-Protokoll kann ich noch auf einen Fehler hingewiesen: In der Beschlussziffer Nr. 1 gibt es eine kleine redaktionelle Änderung die da wie folgt lautet:

*... der Strassenentwässerung und der Strassenbeläge im Perimeter ...*

**Ratspräsidentin Renate Bolliger (EVP):** Das Ratsbüro hat diesen Fehler ebenfalls bemerkt. Wir werden die Abstimmung über den korrigierten Beschlusstext vornehmen.

**Departementsvorsteherin Tiefbau und Betriebe Regula Unteregger Schütz (SP):** Besten Dank für die positiven Voten. Wir werden die Anwohnerschaft frühzeitig und umfassend über die Sanierungsarbeiten informieren. Auch der Parkplatzproblematik werden wir uns intensiv annehmen. Die ganzen Sanierungs- und Erweiterungsarbeiten sollen reibungslos vonstatten gehen.

Ich möchte im Namen des Gemeinderates Bruno Schröter (EVP) für sein Votum danken.

**Ratspräsidentin Renate Bolliger (EVP):** Es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. In der Beschlussesziffer Nr. 1 sind die "*Strassenbeläge*" anstelle der Strassenbeleuchtung gemeint. Der Grosse Gemeinderat (GGR) fasst einstimmig den folgenden

### **B e s c h l u s s :**

1. Für den Ersatz und die Erweiterung von Wasser- und Abwasserleitungen sowie für die Erneuerung der Strassenentwässerung und der Strassenbeläge im Perimeter „Alpenstrasse“ wird zu Lasten der Investitionsrechnung ein Kredit von insgesamt CHF 472'000.-- (inkl. MWSt.) bewilligt (Wasserversorgung CHF 257'000.--, Abwasserentsorgung CHF 94'000.--, Strassenentwässerung CHF 32'500.--, Belagserneuerung CHF 88'500.--).
2. Für den Neubau und die Sanierung von privaten Wasser- und Abwasserleitungen im Perimeter „Alpenstrasse“ wird unter Vorbehalt der rechtlich verbindlichen Zusicherung und der wirtschaftlichen Sicherstellung der Abteilung Tiefbau und Betriebe die Ermächtigung in der Höhe von CHF 321'000.-- (inkl. MWSt.) erteilt.

10.0.11 Reglemente Gemeinde (früher: 10.11)  
54.0.02 Verordnungen, Reglemente, Weisungen (früher: 54.02)

## 41. Feuerwehrreglement: Teilrevision; Genehmigung

**Ratspräsidentin Renate Bolliger (EVP):** Nach Auffassung der Geschäftsprüfungskommission (GPK) ist das Geschäft behandlungsreif und zulässig.

**GPK-Mitglied Rahel Wagner (EVP):** Zuerst möchte ich mich als GPK-Sprecherin zum Geschäft äussern:

Die Geschäftsprüfungskommission hat an der Sitzung vom 25. Juni 2014 einem redaktionellen Änderungsantrag mit 7 zu 0 Stimmen zugestimmt (siehe Protokoll Seite 54 sowie meine auf den Ratstischen verteilte E-Mail vom 29. Juni 2014). Der **Änderungsantrag GPK** lautet wie folgt:

*Art. 9, Abs. f: Lebenspartnerinnen oder der Lebenspartner eines oder einer in Ostermundigen Feuerwehrdienst leistenden **Person**.*

*Art. 19, Abs. a: Personen, die gemäss Artikel 9 Buchstabe b, c, d, und f von der aktiven Feuerwehrdienstleistungspflicht befreit sind.*

*Art. 19, Abs. c: die Lebenspartnerin oder der Lebenspartner, ~~wenn einer von ihnen~~ einer Person, welche mindestens während 25 Jahren aktiven Feuerwehrdienst geleistet hat; der in einer anderen Gemeinde geleistete Feuerwehrdienst ist anzurechnen.*

Leider sind im Änderungsantrag GPK noch zwei Fehler enthalten:

*Art. 9 Abs. f: Lebenspartnerinnen oder Lebenspartner ~~eines oder einer~~ in Ostermundigen Feuerwehrdienst leistenden Person.*

Erst jetzt ist mir noch aufgefallen, dass das Wort „Lebenspartnerinnen“ im Plural steht. Dies sollte auch korrigiert werden. Damit die Formulierung gleich wie in Art. 19 Abs. c lautet, empfehle ich, auch hier *die Lebenspartnerin oder der Lebenspartner* zu schreiben.

Zudem wurde bei Art. 19, Abs. a im GPK-Protokoll der Buchstabe g vergessen. Es sollte heissen:

*Personen, die gemäss Artikel 9 Buchstabe b, c, d, f **und g** von der aktiven Feuerwehrdienstpflicht befreit sind.*

**Rahel Wagner (EVP):** Nachdem jetzt alles etwas verwirrt ist, hier nochmals der richtige Wortlaut der entsprechenden Artikel. Dafür stelle ich den zusätzlichen **Änderungsantrag** Rahel Wagner (EVP) mit folgendem Wortlaut:

*Art. 9, Abs. f: die Lebenspartnerin oder der Lebenspartner einer in Ostermundigen Feuerwehrdienst leistenden Person.*

*Art. 19, Abs. a: Personen, die gemäss Artikel 9 Buchstabe b, c, d, f und g von der aktiven Feuerwehrdienstleistungspflicht befreit sind.*

*Art. 19, Abs. c: die Lebenspartnerin oder der Lebenspartner einer Person, welche mindestens während 25 Jahren aktiven Feuerwehrdienst geleistet hat; der in einer anderen Gemeinde geleistete Feuerwehrdienst ist anzurechnen.*

**Departementsvorsteherin Öffentliche Sicherheit Aliko Panayides (SVP):** Wir haben mit "Lebenspartnerinnen" nicht das Mehrfrauenprinzip propagandieren wollen. Wir haben die bestehenden Artikel zu wenig genau geprüft. Wir sind Rahel Wagner (EVP) für die genaue Verfolgung und Lesung der Artikel dankbar. Wir können die Änderungsanträge der Geschäftsprüfungskommission sowie auch denjenigen von Rahel Wagner nachvollziehen und ins revidierte Feuerwehrreglement aufnehmen.

**Colette Nova (SP):** Ich habe keine Einwände zu den Voten der Vorrednerinnen anzubringen. Als Juristin bin ich über die Meinung des Gemeinderates interessiert. Wie sieht er die Formulierung *die Lebenspartnerinnen und Lebenspartner*:

- Sind das verheiratete Personen oder in einer registrierten Partnerschaft leben?
- Sind auch faktische Lebensgemeinschaften vorgesehen?

Je nach dem verändert dies die juristische Ausgangslage. Die Meinung des Gemeinderates sollte im Protokoll festgehalten werden.

**Departementsvorsteherin Öffentliche Sicherheit Aliko Panayides (SVP):** Die Frage wurde nicht speziell im Gemeinderat diskutiert. Wir gehen in der Praxis vom gleichen System aus wie die Abteilung Soziales, d. h. nach einer gewissen Zeit geht man von einer faktischen Lebensgemeinschaft aus.

**Ratspräsidentin Renate Bolliger (EVP):** Es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Der Grosse Gemeinderat hat die Abstimmung wie folgt vorzunehmen:

1. Über die redaktionellen Änderungen gemäss Änderungsantrag der Geschäftsprüfungskommission. Anschliessend
2. über den Änderungsantrag Rahel Wagner (EVP) und am Schluss
3. erfolgt die Schlussabstimmung.

### **A b s t i m m u n g**

- Der Änderungsantrag der Geschäftsprüfungskommission (GPK) wird einstimmig **genehmigt**.
- Der Änderungsantrag Rahel Wagner (EVP) wird einstimmig **genehmigt**.

**Ratspräsidentin Renate Bolliger (EVP):** Der Grosse Gemeinderat (GGR) fasst in der Schlussabstimmung einstimmig den folgenden

### **B e s c h l u s s :**

1. Die Teilrevision des Feuerwehrreglements wird genehmigt und per 1.1.2015 in Kraft gesetzt.
2. Dieser Beschluss unterliegt dem fakultativen Referendum.

10.3.72	Motionen
10.0.11	Reglemente Gemeinde (früher: 10.11)
50.0.01	Gesetze, Dekrete, Verordnungen, Reglemente, Pflichtenhefte (früher: 50.01)

## 42. Motion EVP-Fraktion betreffend Ergänzung des Wahl- und Abstimmungsreglementes (WAR) der Gemeinde Ostermundigen; Erheblich-erklärung/Ablehnung resp. Umwandlung in ein Postulat

**Ratspräsidentin Renate Bolliger (EVP):** Die gemeinderätliche Stellungnahme wurde den Parlamentsmitgliedern zugestellt. Zuerst kann sich die Erstunterzeichnerin der Motion zum Geschäft äussern.

**Rahel Wagner (EVP):** Vorab herzlichen Dank an den Gemeinderat, dass er bereit ist, die Motion der EVP-Fraktion entgegenzunehmen und dem Parlament die entsprechenden Ergänzungen des Wahl- und Abstimmungsreglementes (WAR) zu unterbreiten. Wir sind damit einverstanden, wenn der Gemeinderat die Abläufe am Ausmittlungsort in einer Checkliste in Form eines Prozessablaufes beschreibt und in der Revisionsfassung des Wahl- und Abstimmungsreglementes nur ein entsprechender Hinweis auf diese Bestimmungen aufgenommen wird. Dies soviel zur Antwort des Gemeinderates.

Einige Gedanken zum Geschehen anlässlich der Gemeindewahlen 2012 seien mir noch erlaubt. Die EVP hat damals deshalb keine Wahlbeschwerde erhoben, weil sie das Ergebnis aufgrund der Nachprüfung anerkannt hat und eine Beschwerde der EVP den Sitz im Gemeinderat nicht zurückgegeben hätte.

Allerdings war für uns die Frage, wie es zu diesem Fehler kommen konnte sowie diejenige, wer befugt ist, für eine Überprüfung bzw. Nachzählung die Urnen zu öffnen, nicht beantwortet. Das Wahl- und Abstimmungsreglement weist da grosse Lücken bezüglich der Zuständigkeiten auf. Was uns von der EVP aber sehr nachdenklich gemacht hat, war die Tatsache, dass weder der Gemeinderat noch die Geschäftsprüfungskommission (GPK) damals auf unsere Einwände bezüglich Abläufe und Öffnens der plombierten Wahlurnen eingegangen waren. Wäre dies der Fall gewesen, so wäre die vorliegende Motion nämlich gar nicht nötig geworden. Der Gemeinderat hat das neue Wahlergebnis ohne weitere Schritte erwahrt und somit auf eine rechtliche Beurteilung der Nachprüfungsabläufe verzichtet.

Als Kommissionsmitglied habe ich deshalb an der Sitzung der Geschäftsprüfungskommission im Dezember 2012 einen Antrag gestellt, welcher zusammengefasst folgende Punkte enthält:

- *Ich habe beantragt, dass die Geschäftsprüfungskommission (GPK) von allen vorhandenen Unterlagen zum Geschehen Kenntnis nimmt,*
- *dass die GPK vom Gemeinderat eine Beurteilung der Abläufe verlangt, wie sie im genauen Ablauf-Protokoll vom 28.11.2012 auf Verlangen der EVP festgehalten sind sowie*
- *dass die GPK Massnahmen im Auszählverfahren verlangt, welche solch gravierende Fehler verunmöglichen.*

Die Geschäftsprüfungskommission hat alle diese Anträge kurzum abgelehnt. Als Reaktion auf diese ignoranten Beschlüsse von Gemeinderat und Geschäftsprüfungskommission haben wir unsere Forderungen nun mit der vorliegenden Motion gestellt.

## Fazit

Dass der Gemeinderat auf unseren Vorstoss eingehen will und sogar bereits an der Revision des Wahl- und Abstimmungsreglementes arbeitet, lässt darauf schliessen, dass er heute mit der EVP einig geht, dass die Lücken im WAR geschlossen werden müssen. Dies nicht nur im Hinblick darauf, dass die Stimmbevölkerung den Wahl- und Abstimmungsergebnissen vertrauen kann, sondern auch zum Schutz der Mitglieder des ständigen Ausmittlungsausschusses sowie der Verwaltungsmitarbeiterinnen und -mitarbeiter.

Die EVP-Fraktion hofft, dass das Parlament die vorliegende Motion erheblich erklärt und zur Weiterbehandlung an den Gemeinderat überweist.

**Eduard Rippstein (CVP):** Wo Menschen sind, passieren Fehler. Dass der Gemeinderat das Wahl- und Abstimmungsreglement überarbeiten will, erstaunt mich. Kein Mensch auf der Welt ist auf die Idee gekommen, dass dieser Fehler hätte stattfinden können. Doch der Fehler ist passiert und jemand hat die Wahlzettel in ein falsches Couvert verpackt. Diese dummen Fehler passieren dort wo Menschen sind.

Zum Ablauf des Geschehens:

- Mir ist am Sonntagabend der Fehler aufgefallen. Ich bezeichne mich als Mathematiker und habe ein ausgesprochenes Zahlenflair. Deshalb habe ich den Fehler auch sofort bemerkt. Es galt, Organe zu wählen: Den Gemeindepräsidenten, den Gemeinderat und den Grossen Gemeinderat (GGR) - ohne Quervergleiche. In Zukunft werden die fehlenden Quervergleiche vorgenommen.
- Die zwei zuständigen Verwaltungsmitarbeitenden, die ehemalige Gemeindeschreiberin, Marianne Meyer, und die Leiterin Einwohnerdienste, Bettina Gottier, haben umgehend reagiert und am Montagmorgen eine Kontrolle vorgenommen. Dank dieser Kontrolle konnte eine Wahlbeschwerde an den Regierungstatthalter vermieden werden. Ein zweiter Wahlgang musste nicht durchgeführt werden.

Ich danke nochmals den beiden Damen, dass sie so rasch und unkompliziert reagiert bzw. gehandelt haben. Gleichzeitig möchte ich auch der EVP-Fraktion für die eingereichte Motion danken.

**Departementsvorsteherin Öffentliche Sicherheit Aliko Panayides (SVP):** Nach den Erklärungen von Rahel Wagner (EVP) möchte ich doch darauf hinweisen, dass die Motion beim Gemeinderat offene Türen einrennt.

Es ist nicht so, dass der Gemeinderat keine Änderungen am Wahl- und Abstimmungsreglement vornehmen will. Seit dem letzten Wahlsonntag ist sich der Gemeinderat bewusst, dass Änderungen vorgenommen werden müssen. Eine absolute Sicherheit kann nie erreicht werden. Doch der Gemeinderat ist gewillt, sogenannte Doppelchecks einzubauen und die Plausibilitätsprüfung sofort durchzuführen. Der Gemeinderat hofft, damit das Optimum zu erreichen.

**Rahel Wagner (EVP):** Das wir hier offene Türen einrennen, ist auf der einen Seite schön. Aber wir haben zwei Jahre gewartet und die EVP-Fraktion sah sich trotzdem gezwungen, mit-

tels einer Motion dem Gemeinderat einen Anstoss zu geben. Bis dato wurde in dieser Angelegenheit das Parlament umfassend informiert.

**Ratspräsidentin Renate Bolliger (EVP):** Es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Der Grosse Gemeinderat (GGR) fasst einstimmig den folgenden

**B e s c h l u s s :**

Die Motion der EVP-Fraktion betreffend Ergänzung des Wahl- und Abstimmungsreglements (WAR) der Gemeinde Ostermundigen wird erheblich erklärt und zur Weiterbehandlung an den Gemeinderat überwiesen.

10.3.74 Interpellationen  
50.8.01 Vandalismus

### **43. Dringliche Interpellation FDP-Fraktion zum Cupfinal 2014 bzw. zu Hochrisikospiele in Bern; schriftliche Beantwortung**

**Ratspräsidentin Renate Bolliger (EVP):** Die gemeinderätliche Beantwortung wurde den Parlamentsmitgliedern zugestellt. Ist der Erstunterzeichner mit der Beantwortung zufrieden?

**Tobias Weibel (FDP):** Wir sind mit der sehr ausführlichen und abschliessenden Antworten zufrieden. An dieser Stelle ein Dankeschön an den Gemeinderat und die Verwaltung.

In der Stadt Bern wurden ähnliche Probleme mit Vandalen bzw. Vandalismus festgestellt. Das wird sehr wahrscheinlich dazu führen, dass die Stadt Bern bis auf weiteres keine Cupfinals und evtl. sogar keine Länderspiele mehr austragen will. Die letzte Frage betreffend die ausstehenden Konsequenzen wurde mit der Rechnungsstellung an den Schweiz. Fussballverband in der Höhe von Fr. 3'144.45 beantwortet. Wurde dieser Betrag in der Zwischenzeit an die Finanzverwaltung überwiesen?

**Departementsvorsteher Finanzen/Steuern Erich Blaser (SVP):** Die Rechnung wurde vom Fussballverband noch nicht beglichen.

### **B e s c h l u s s :**

Der Grosse Gemeinderat (GGR) nimmt von der schriftlichen Beantwortung der dringlichen Interpellation Kenntnis.

## 44. Orientierungen des Gemeinderates

10.3.72      Motionen  
50.8.71.40    Temporegelung

### a. Temporegime; erste Erkenntnisse

**Departementsvorsteherin Öffentliche Sicherheit Aliko Panayides (SVP):** Mit den Arbeiten zum Temporegime in Ostermundigen - angestossen von der Motion 30/50 - liegen die Arbeitsgruppe und die Verwaltung gut im Zeitplan. An der letzten Sitzung der Arbeitsgruppe wurde das von der Abteilung Öffentliche Sicherheit erarbeitete Konzept quartierweise für ganz Ostermundigen durchdiskutiert und im Grundsatz gutgeheissen. Das Konzept basiert auf einer Einteilung der Gemeindestrassen in verschiedene Tempi (in 50/40/30 und 20er-Bereiche), wobei unterschieden wird zwischen

- den Hauptschlagadern mit Tempo 50 bzw. 40;
- den Nebenstrassen mit Tempo 30;
- sowie einzelnen abgeschlossenen Bereichen mit Tempo 20 wie Sackgassen oder Erschliessungsstrassen.

Die Privatstrassen wurden wie schon im Steingrübli ausgenommen. Die Tempomessungen in den Quartieren, welche Voraussetzung - insbesondere für die geplanten 30-Zonen sind - sind auch bereits weit fortgeschritten. Ebenso wurde bereits aufgezeigt, welche Fussgängerstreifen in den Tempo 30-Zonen entfernt werden müssen. Noch nicht klar sind die Kosten und die Folgekosten des neuen Temporegimes.

Das Konzept und ein Umsetzungszeitplan werden dem Parlament noch vor Ende Jahr vorgelegt, wenn das Tram Region Bern an der Urne Zustimmung gefunden und die Kosten für das Gutachten und die Umsetzung des Temporegimes feststehen. Dass die Umsetzungsarbeiten auf das Tram abgestimmt werden müssen, versteht sich von selbst.

60.9.00 Personal Soziales

## **b. Neue Organisationsstruktur der Abteilung Soziales**

**Departementsvorsteher Soziales Synes Ernst (CVP):** Im Rahmen der Behörden- und Verwaltungsreform (BVR) sind die beiden bisherigen Abteilungen Soziales und Vormundschaft/Justiz auf den 1. Januar 2013 formell zusammengelegt worden. Die Mitarbeitenden haben seither zusammen mit der Abteilungsleitung und den Bereichsleitungen an verschiedenen Projekten gearbeitet, um die Integration zu einer Abteilung Soziales voranzutreiben. Um diesen Prozess noch zielführender zu gestalten und weil einige einschneidende Veränderungen im übergeordneten rechtlichen, sowie Entwicklungen im personellen Bereich, rasche Entscheide fordern, haben der Abteilungsleiter mit dem Departementsvorsteher und der Geschäftsleitung Soziales in den vergangenen Monaten eine neue Organisationsstruktur für die Abteilung erarbeitet. Die "Vision Soziales 2020" ist nach fünf Aufgabenbereichen gegliedert:

- Sozialhilfe/Beratung/Beistandschaft
- Jugendamt mit offener Jugendarbeit, Kita
- Finanzen
- Administration
- AHV, Recht und Alter

Der Gemeinderat hat diese neue, sowohl transparente als auch flexible Struktur, eingehend diskutiert und an seiner Sitzung vom 24. Juni 2014 gutgeheissen. Die Mitarbeitenden sind an einer Versammlung vom 2. Juli 2014 orientiert worden. Der Zeitplan sieht vor, dass die Bereichsleitungen am 1. Januar 2015 eingesetzt werden.

Der Gemeinderat und die Abteilungsleitung sind überzeugt, dass am Ende des Prozesses, der jetzt noch im Gange ist, die Abteilung Soziales für die künftigen Herausforderungen gewappnet ist. Sie danken allen Mitarbeitenden für die Bereitschaft, die nötigen Veränderungen zu akzeptieren und mitzutragen.

10.3.72      Motionen  
10.11.23      Postzustelldienst

#### **45. Motion SP/Grüne/Gewerkschaften-Fraktion betreffend Verlagerung der Poststelle Ostermundigen 1 in ein künftiges Verwaltungs- und Dienstleistungszentrum; parlamentarischer Neueingang**

##### **Wortlaut**

Der Gemeinderat wird beauftragt, mit der Schweizerischen Post (Poststellen und Verkauf) in Kontakt zu treten mit dem Ziel, diese dafür zu gewinnen, die heutige Poststelle Ostermundigen 1 in ein neues Verwaltungs- und Dienstleistungszentrum im Zentrum von Ostermundigen zu verlegen.

##### **Begründung**

Die Siedlungsentwicklung während den letzten und nächsten Jahren bezieht sich vorwiegend auf den östlichen Teil von Ostermundigen. Der Standort der heutigen Poststelle Ostermundigen 1 an der Bernstrasse 28 liegt somit immer mehr am Ortsrand zur Stadt Bern.

Für viele Ostermundiger KMU- wie auch für Privatkunden ist der heutige Standort der Poststelle Ostermundigen 1, nachdem die Poststelle im Unterdorf geschlossen wurde, somit dezentral und auch auf Grund der ungenügenden Parkplatzsituation nicht am richtigen Ort.

Die einzige Poststelle, welche in Ostermundigen noch das gesamte Dienstleistungsangebot anbietet, müsste sich somit mittelfristig möglichst im Ortskern befinden.

Ein neues Verwaltungs- und Dienstleistungszentrum, in welchem die Poststelle Ostermundigen 1 integriert ist, wäre für die Gemeinde insgesamt und mit sehr grosser Wahrscheinlichkeit auch für die Schweizerische Post (Poststellen und Verkauf) ein Gewinn.

sig. Peter Blaser, B. Grossniklaus, H. R. Burkhalter, A. Thomann, R. Mahler, T. Thomann,  
R. Kehrl, C. Nova, H. Ögüt

10.3.72	Motionen
60.2.00	Allgemeines
62.0.40	EL, Ergänzungsleistungen (früher: 62.40)

## **46. Motion B. Grossniklaus (SP) betreffend Anpassung der Mietzinse an den Referenzzinssatz bei BezügerInnen von Sozialhilfe und Ergänzungsleistungen; parlamentarischer Neueingang**

### **Wortlaut**

Der Gemeinderat wird beauftragt, geeignete Massnahmen zu ergreifen, so dass BezügerInnen von Sozialhilfe bzw. Ergänzungsleistungen über die Relevanz des Referenzzinssatzes für Mietpreisanpassungen informiert werden und dort wo die Gemeinde selber Mietpartei ist, im Rahmen der Möglichkeiten umsetzen. Darüber hinaus soll die Gemeinde sozial schwache Personen bei Problemen mit den Vermietern durch Beratung und gegebenenfalls Hilfe bei der Einleitung entsprechender Schritte Hand bieten.

### **Begründung**

Der Referenzzinssatz für die Anpassung der Mieten ist per 2. September 2013 zum wiederholten Mal seit Mitte 2009 gesunken und beträgt noch 2 Prozent. Dies wird sich nach Einschätzung des MieterInnenverbandes des Kantons Bern nicht schnell ändern, was durch das Bundesamt für Wohnungswesen Anfang Juni bestätigt wurde. Die VermieterInnen müssten die Mieten im Regelfall automatisch anpassen, meist geschieht dies jedoch nicht, ausser die MieterInnen fordern diese Anpassung ein. Der Motionär aberkennt, dass aus Gründen der globalen Kostenminimierung ein Anstieg der Transaktionskosten (hier insbesondere: Informationsbeschaffung und Vertragsanpassung) normalerweise vermieden werden. Die Praxis, dass ein gestiegener Referenzzinssatz unmittelbar auf die Mieten überschlagen wird, der umgekehrte Fall aber nicht dem "courant normal" entspricht, ist aber fragwürdig. Zudem gilt es zu bedenken, dass aufgrund des kantonalen Spardrucks die Gemeinden darauf angewiesen sind, dass mit öffentlichen Geldern (anteilmässig) bezahlte Mieten angepasst werden. So könnte auch Ostermundigen entlastet werden. Das Sozialhilfegesetz besagt, dass die Vermieterschaft eine Auskunftspflicht bzw. die Sozialdienste ein Mitteilungsrecht bei Mietverhältnissen besitzen, die durch die Sozialhilfe finanziert werden.

Abklärungen ergaben, dass die Stadt Langenthal die Anpassung der Mietzinsen an den Referenzzinssatz von 2,25 % bei allen 425 Mietverhältnissen im vergangenen Jahr per Mitteilung an die Sozialhilfebeziehenden verlangte. Nach heutigem Stand wird die Stadt Langenthal zu Gunsten des Finanz- und Lastenausgleichs damit rund CHF 100'000.--/Jahr einsparen. Nimmt man die Einsparmöglichkeiten bei den Ergänzungsleistungen dazu, ergibt das für den Kanton Bern mit dem erneut gesunkenen Referenzzinssatz als Berechnungsgrundlage ein Einsparungsbetrag von ca. 2 - 3 Millionen Franken pro Jahr. Da nicht klar ist, wie viele Sozialhilfebedürftige und EL-BezügerInnen diese Anpassung schon verlangt haben, ist eine genaue Einsparsumme schwer abzuschätzen.

Ziel sollte es sein, dass eine solche Mietzinsanpassung automatisch von der Vermieterschaft vorgenommen wird, wenn der Referenzzinssatz längere Zeit auf einem tieferen Niveau verbleibt, ohne dass speziell Antrag dafür gestellt werden muss. Für die Sozialhilfebeziehenden und Ergänzungsleistungsbeziehenden dürfen dadurch keine Nachteile entstehen.

Dem Motionär ist bewusst, dass aufgrund der Schweigepflicht die EL-BezügerInnen der Gemeinde nicht bekannt sind, jedoch spricht nichts dagegen, dass die Gemeinde mit den SachbearbeiterInnen Kontakt aufnimmt. Da die EL-Bezugsberechtigung periodisch überprüft wird, könnten die SachbearbeiterInnen ein von der Gemeinde kreiertes und aktualisiertes Info-Blatt beigelegt, worin diese Personengruppen über ihre Rechte und die Unterstützungsmöglichkeiten seitens der Gemeinde informiert werden.

sig. Bruno Grossniklaus (SP)

10.3.74 Interpellationen  
50.8.21.10 Lärm (früher: 50.821)

## **47. Interpellation S. Löhner (CVP) betreffend Lärmproblematik in der Umgebung der Reformierten Kirche; parlamentarischer Neueingang**

### **Wortlaut**

Der Kirchgemeinderat beschäftigt sich zurzeit mit der Lärmproblematik rund um die reformierte Kirche. In der Regel donnerstags bis samstags wird nachts in der Umgebung der Kirche durch Jugendliche massiver Lärm verursacht. Anwohner haben sich schon des Öfteren beschwert. Ein Wegweisen der Gruppe bringt offenbar keinen Erfolg, da sie sich dann anderswo wieder versammelt.

In diesem Zusammenhang stelle ich dem Gemeinderat folgende

### **Fragen**

1. Wie schätzt der Gemeinderat das Lärmproblem in der Umgebung der reformierten Kirche ein?
2. Welches sind nach Meinung des Gemeinderats die anderen kritischen „Hotspots“ in der Gemeinde?
3. Wird die Kantonspolizei auf die Entwicklung in diesen „Hotspots“ aufmerksam gemacht mit der Forderung nach erhöhter Präsenz?
4. Welchen Beitrag zur Prävention in Sachen Nachtlärm leistet die offene Jugendarbeit?

sig. Sandra Löhner (CVP)

10.3.74 Interpellationen  
63.14.30 Unterhalt Jugend- und Freizeithaus (früher: 63.682)

#### **48. Interpellation Thulani Thomann (SP) betreffend Lärmschutzwand für eine freie Nutzung des Jugend- und Freizeithauses „Hangar“; parlamentarischer Neueingang**

##### **Wortlaut**

Der Betrieb und Standort des Hangars hat bereits zu etlichen Diskussionen Anlass gegeben. Der Grosse Gemeinderat (GGR) hat sich bereits mehrmals für den Erhalt und den jetzigen Standort ausgesprochen. Leider hat die Lärmproblematik dazu beigetragen, dass im jetzigen Zustand keine Vermietung der Räume mehr möglich ist und somit der Grundgedanke „Jugend und Freizeithaus“ nicht mehr gelebt werden kann.

##### **Fragen**

1. Könnte der Zugangsbereich des Hangars von der Vorder- an die Rückseite des Gebäudes verlegt werden?
2. Könnte im jetzigen Zugangsbereich eine durchgehende Lärmschutzwand erstellt werden?
3. Könnte eine ca. 1 Meter hohe Aufschüttung neben dem jetzigen Zugangsbereich (Seite gegen Wohnhäuser) und im hinteren Teil des Hangars (Eingang) mit hochwachsenden, einheimischen Bäumen und Sträuchern bepflanzt werden, um eine natürliche Abgrenzung zu der angrenzenden Wohnzone zu erreichen und zudem diese Schutzmauer zu verbergen?

sig. Thulani Thomann, P. Blaser, P. Zeyer, R. Mahler, C. Nova, Ch. Zeyer, R. Kehrl, A. Thomann, H. Ögüt

10.3.74 Interpellationen  
10.22.0.14 Ortsentwicklung

## 49. Interpellation B. Grossniklaus (SP): Ist die Wachstumsstrategie der Gemeinde gesichert?; parlamentarischer Neueingang

### Fragen

Der Gemeinderat wird aufgefordert, folgende Fragen zu beantworten:

1. In den letzten Jahren entstand Wohnraum primär für Besserverdienende, jedoch blieb die Entwicklung der Steuereinnahmen hinter den Erwartungen zurück. Sieht der Gemeinderat dies primär als Folge der Steuerabzüge bei den Eigentumswohnungen oder weil der Wohnraum von Ortsansässigen bezogen wurde?
2. Teilt der Gemeinderat die Ansicht, dass man in den letzten Jahren statt primär Eigentumswohnungen und Wohnraum für gehobene Ansprüche zu bauen in den letzten Jahren, besser Wohnraum für die breite Mittelschicht hätte bauen sollen?
3. Erwartet der Gemeinderat, dass die Steuereinnahmen noch steigen, weil Steuerabzüge etc. bei den natürlichen Personen in diesen Überbauungen abnehmen?
4. Wie stellt sich der Gemeinderat zum Ergebnis der Stadt Luzern, dass Quartiere mit teurem Wohnraum oder Eigentumswohnungen nicht zwingend höhere Mehreinnahmen bei den Steuern aufweisen?
5. In welchem Verhältnis stehen die Mehreinnahmen zu den Mehrausgaben für die Infrastruktur?
6. Welches Fazit zieht der Gemeinderat finanzpolitisch aus der Wachstumsstrategie der letzten Jahre?

### Begründung

Die Finanzlage der Gemeinde ist angespannt, um dies zu ändern, verfolgte die Gemeinde in den letzten Jahren eine Wachstumsstrategie. Diese Strategie sah eine expansive Baupolitik vor mit dem Ziel, dass steuerkräftige Neuzuzüger in die Gemeinde ziehen. Nun ist es Zeit, eine Zwischenbilanz zu ziehen.

Auf Druck der SP/Juso-Fraktion im Grossen Stadtrat von Luzern wurde aufgezeigt, dass oftmals in den Quartieren mit teurem Wohnraum oder einer grösseren Dichte von Eigentumswohnungen nicht zwingend höhere Steuereinnahmen kassiert werden. Das Ergebnis war die Erkenntnis, dass vermehrt Wohnraum für den Mittelstand zu errichten sei. Jener Mittelstand, welcher seit Jahren auch in der Region Bern, also auch Ostermundigen, zunehmend Mühe bekundet, bezahlbaren Wohnraum zu finden. Weshalb der Interpellant die Haltung vertritt, dass diese Zielgruppe eher im Fokus der kommunalen Siedlungspolitik stehen sollte.

Den Interpellanten interessiert zudem, ob die durch die Hinzugezogenen, mit verursachten Kosten durch die generierten Einnahmen gedeckt werden oder ob sich die Finanzlage durch die Bautätigkeit verschärft hat.

sig. Bruno Grossniklaus (SP)

10.3.75 Einfache Anfrage  
10.14.00 Allgemeines

## **50. Einfache Anfrage FDP.Liberal-Fraktion betreffend Mitgliedschaften der Gemeinde Ostermundigen in Vereinen, Organisationen und Verbänden; parlamentarischer Neueingang**

### **Ausgangslage**

Die Gemeinde Ostermundigen ist Mitglied in Vereinen, Organisationen und Verbänden. Dies ist oft ein gutes Mittel, um in den verschiedensten Sparten auf dem neusten Stand zu bleiben und Kontakte zu knüpfen bzw. zu erhalten. Zum Teil wurden diese Mitgliedschaften jedoch vor vielen Jahren eingegangen und die positiven Effekte könnten mittlerweile verblasst sein, während die Mitgliederbeiträge weiterhin fällig werden.

### **Fragen**

1. In welchen Vereinen, Organisationen und Verbänden ist die Gemeinde Ostermundigen Mitglied?
2. Wie regelmässig findet der Austausch bzw. die Teilnahme an Aktivitäten in diesen Vereinen, Organisationen und Verbänden statt?
3. Welchen Nutzen zieht Ostermundigen konkret daraus?
4. Wie viel Geld wendet die Gemeinde für die einzelnen Mitgliederbeiträge jährlich auf?
5. Welche Mitgliedschaften können durch diese Analyse gekündigt werden?
6. Nach welchen Kriterien entscheidet sich die Gemeinde zum Beitritt in Vereine, Organisationen oder Verbände?

sig. Tobias Weibel, R. Rutschi, M. Werner, R. Hubschmid

## Persönliche Erklärung

**Annette Toggwiler (GLP):** Trotz meinen vielen anderweitigen Terminen bin ich froh, heute Abend nochmals hier im Telsaal Einsitz zu nehmen.

Ich habe einmal die Absicht gehabt, in diesem Parlament resp. Grossen Gemeinderat ein paar Jahre älter zu werden. Für den kantonalen Grossen Rat hätte ich mich wohl in vier oder acht Jahren ernsthaft interessiert. Was nun passiert ist, nennt man also eine „erfolgreiche Fehlplanung.“ Ich habe die Herausforderung angenommen. Allerdings fühle ich mich im Grossen Rat schon ein bisschen einsam, denn ich wäre froh, wenn eine zweite Person aus Ostermundigen in dem Rat vertreten wäre. Als grösste Gemeinde im Wahlkreis, würde sich dies wohl vertragen. Hoffen wir auf die nächste Ausmachung.

Ich habe nun die erste Session hinter mir. Ich kann nun ein paar Vergleiche mit dem Parlament von Ostermundigen anstellen.

Gemeinsamkeiten:

- Beide Parlamente werden 2014 von einer Frau präsiert.
- Gleich sind die grundsätzliche Aufgabe als Parlament, allerdings mit unterschiedlichem geografischen Fokus: Hier die Gemeinde, da der Kanton.
- Zumindest sehr ähnlich ist *ds Chäär* bei der Ämterverteilungen: Hier im Grossen Gemeinderat (GGR) wenn es um den Stimmezähler geht, im Grossen Rat um den 2. Vizepräsidenten.
- Und gemeinsam ist auch die Papierflut. Ich träume weiterhin vom papierlosen, d. h. elektronischen Ratsbetrieb. Aber - und das wissen wir alle hier im Saal - ist die Zeit noch nicht reif für eine solche Pioniertat.

Unterschiedlich sind:

- Einmal die Grösse des Gremiums: Im Grossen Rat gibt es 160 Mitglieder, die potentiell bei jedem Geschäft ans Rednerpult wollen. Im Grossen Gemeinderat (GGR) viermal weniger; es braucht hier also weder eine Redezeitbeschränkung noch muss die Ratspräsidentin einem das Mikrofon abschalten.
- Die Grösse des Grossen Rats macht es schwieriger, persönlichen Kontakt mit Kolleginnen und Kollegen zu pflegen, was in wichtigen Geschäften durchaus von Vorteil sein kann.
- Mir scheint, dass die Geschäfte in Ostermundigen die Bürger direkter angehen und es einen auch eher selber betrifft.

Insgesamt ist die Arbeit im Grossen Rat spannend und interessant, aber auch zeitintensiv, vor allem was die Vorbereitung der Geschäfte geht. Ich habe darum nach wie vor grossen Respekt vor der Aufgabe.

Wichtig ist auch, zu den richtigen Informationen zu kommen. Abgesehen von rein parteipolitischen Ansichten, gibt es im Grossrat immer wieder Geschäfte, die direkt oder indirekt Auswirkungen bzw. Rückwirkungen auf die Gemeinde haben. In dieser Hinsicht bin ich froh, wenn ich dann jeweils bei den Gemeinderätinnen und Gemeinderäten sowie den zuständigen Abteilungen Informationen aus erster Hand bekomme. Dies vor allem mit Sicht auf die Sicherheitskommission, in der ich für meine Fraktion als Stellvertreterin dabei bin.

Ihr habe bei eurer Tätigkeit also die Gemeinde im Blick; ich muss mich neu auf das Kantonsgebiet konzentrieren. Ich werde aber immer auch auf Ostermundigen schielen, wenn ein Geschäft direkt oder indirekt die Gemeinde betrifft. Mit viel Herzblut werde ich weiterhin verfolgen, was politisch in Mundigen läuft, bin ich doch hier aufgewachsen und lebe jetzt mit meiner Familie hier und bin überzeugt, dass Ostermundigen eine Gemeinde mit grossem Potenzial ist.

Ich wünsche mir, dass der Grosse Gemeinderat auch in Zukunft konstruktiv zusammenarbeitet, so wie ich das hier erlebt habe, und dass für wichtige Probleme tragfähige Lösungen über die Parteigrenzen hinweg gefunden werden.

Ich danke für die Aufmerksamkeit.

- - - - - **A p p l a u s** - - - - -

**Melanie Gasser (GLP):** Liebe Annette Toggwiler, wir werden dich im Ratsalltag bestimmt vermissen. Reisende soll man bekanntlich nicht aufhalten. Wir sind sehr stolz, dass du als GLP-Mitglied in den Grossen Rat gewählt worden bist. Der Informationsfluss innerhalb der Partei bleibt mit Sicherheit bestehen. Wir wünschen dir zusammen mit deinem neuen Mandat alles Gute und danken dir für die super Zusammenarbeit.

Ich kann noch bekannt geben, dass per 1. August 2014 Herr Luca Alberucci neu im Grossen Gemeinderat Einsitz nehmen wird.

**Ratspräsidentin Renate Bolliger (EVP):** Somit ist die heutige Sitzung beendet und wir treffen uns anschliessend im Restaurant Rüti zum gemütlichen Teil des Abends. Allen vielen Dank für das Erscheinen und die konstruktiven Voten.

## **GROSSER GEMEINDERAT (GGR) OSTERMUNDIGEN**

Die Präsidentin:

Der Ratssekretär:

Renate Bolliger

Jürg Kumli

Der Stimmzähler:

Der Stimmzähler:

Andreas Burckhardt

Gerhard Zaugg